

Wolfgang Schulz

## Abstrakte Werte zu konkreten Normen herunterbrechen

Medienpolitische Bewertung

Die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz hat sich mit einem umfangreichen Papier zu Wort gemeldet, das zahlreiche Aspekte der Medienentwicklung konstruktiv-kritisch reflektiert. Einige werden im Folgenden analysiert und das Potential für die medienpolitische Diskussion ausgelotet.

Die Orientierung in dem Papier wird zunächst dadurch etwas erschwert, dass der Medienbegriff changiert. Wenn etwa zur Erläuterung der Vorzüge der Medien darauf hingewiesen wird, dass Christus ein Meister der Kommunikation gewesen sei (S. 12), wird wohl ein anderer Medienbegriff in Anspruch genommen als in den Passagen, in denen von Massenmedien oder dem Internet die Rede ist, wobei letzteres vielfach in einem Atemzug mit den Massenmedien genannt (S. 29: „im Fernsehen oder im Internet“), im Vorwort aber auch als Meta-Medium bezeichnet wird (S. 5). Trennt man diese Komplexe analytisch und wendet man sich zunächst den traditionellen Massenmedien zu, werden kritische Punkte in Wettbewerb und Kommerzialisierung, aber auch in zunehmender Visualisierung und inhaltlicher Entleerung und zudem in Beschleunigung gesehen (etwa S. 12 sowie 15ff. und weitere). Die aufgeworfenen Fragen sind hoch relevant, der Hinweis auf sie sicherlich immer wieder wichtig.

Ein Schwerpunkt der Analyse liegt berechtigterweise auf digitalen Medien und insbesondere auf dem technischen Medium Internet und den darauf möglichen und realisierten Angebotsformen. Hier werden sehr viele, fast alle aktuell diskutierten Fragen zumindest angesprochen; darin kann wieder ein Nachteil liegen, denn es wird nicht recht deutlich, welche Phänomene als besonders handlungsrelevant angesehen werden. Es scheint, man wollte auf jeden Fall alles einmal angesprochen haben. Von den etwas breiter behandelten Phänomenen ist das der digitalen Medien als Religionsersatz wohl eher wegen der spezifischen Interessen der Herausgeber bedeutsam, weniger, weil es gesellschaftlich ein relevantes Phänomen wäre. Dass neue Technologien oder soziale Praktiken als Religionsersatz gebrandmarkt werden, lässt sich immer wieder beobachten und ist im Prinzip der Beleg für eine persistente soziale Relevanz des Religiösen, welche die Herausgeber eher freuen sollte.

Mit dem Begriff der Virtualität und der Rede von „Cyber-“ Phänomenen wird etwas aufgegriffen, was eigentlich in den wissenschaftlichen Debatten keine prominente Rolle mehr spielt. Die Entgegensetzung – oder Vermischung, wie im Text behauptet wird – von Realität und Scheinwelt erscheint eigentlich nicht als angemessene Beschreibung; abgesehen von pathologischen Fällen sind Menschen offenbar recht gut in der Lage, mit der Virtualität und Inszenierung umzugehen. Kommunikation, die online stattfindet, erzeugt, wenn sie gelingt, Sinn für reale Menschen in der realen Welt, auch wenn sie in der digitalen „Scheinwelt“ erfolgt; der spezielle Kontext kann für den Sinn natürlich einen Unterschied machen. Virtualität – wenn man sie „Repräsentation“ nennt – und Inszenierung sind alte Bekannte, mit denen umzugehen man gelernt hat. Natürlich müssen die Bedeutungen in neuen Kontexten gelernt werden. Dies ist eine Herausforderung an die Medienkompetenzgewinnung, und der Päpstliche Rat für die sozialen Kommunikationsmittel hat bereits 2002 darauf hingewiesen, dass dies für Kinder und Jugendliche immer früher eine Herausforderung darstellt.

Sicherlich mit Berechtigung wird auf die Verlässlichkeit traditioneller wie neuer Medien ein Blick gerichtet. Während das Bild hier zunächst relativ düster gemalt wird, macht der Appell zur Förderung professionellen Journalismus am Ende (S. 76) deutlich, dass hier im Papier handlungsrelevante Differenzen aufgemacht werden.

Bei der Analyse des Netzes unter dem Blickwinkel der Authentizität fällt zunächst auf, dass Gewalt als Thema in den Vordergrund gerückt wird. Gewaltdarstellungen und der Umgang mit ihnen waren und sind sicherlich ein zentrales Problem. Es ist aber keineswegs ersichtlich, warum es gegenüber etwa sexuellen Darstellungen hervorgehoben wird. Auch wenn es im Einzelfall immer wieder zu Einordnungsschwierigkeiten kommen kann und auch über die Wirkungen immer noch nicht hinreichend differenzierte Befunde vorliegen, stellt die mediale Gewaltdarstellung eigentlich heute weniger eine Herausforderung dar; die im Text später auch angesprochenen Phänomene von Nutzern selbst aufgenommener und verbreiteter realer Gewaltszenen sind eher aktuell relevant. Aus der Perspektive der Betroffenen werden andere Phänomene wie Annäherungsversuche Erwachsener, mit denen man nicht umgehen kann, oder ähnliche Phänomene allerdings wohl als noch gravierender angesehen.<sup>1</sup> Die Behauptung, fast alle Jugendliche seien schon mit Gewaltdarstellung konfrontiert gewesen, klingt si-

1 vgl. EU-Kids online 2010 unter [http://www.hans-bredow-institut.de/webfm\\_send/553](http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/553).

cher plausibel, auch wenn sie nicht belegt wird, allerdings wäre eine Orientierung an dem, was tatsächlich als problematisch erlebt wird, dem Ansatz des Textes womöglich angemessener.

Die Beschreibungen zum Thema Datenschutz und weiteren Herausforderungen der sozialen Medien entsprechen weitgehend dem, was in der rechtspolitischen Diskussion geäußert wird.

## Analytische Leistung

Das Papier greift sehr viele der in der aktuellen öffentlichen Fachdebatte geäußert Potenziale und Risiken differenziert auf.

Insbesondere dort, wo der Text darauf verweist, dass die Mediennutzer nicht nur Konsumenten, sondern zunehmend auch Produzenten sind, erscheint der Text analytisch stark. Hier wird herausgearbeitet, welche Kompetenzen erworben oder gegebenenfalls auch vermittelt werden müssen, damit die verschiedenen Möglichkeiten genutzt werden können. In diesem Zusammenhang wird bemerkenswerterweise auf das Recht auf Informationszugang verwiesen (S. 58); man könnte dies mit dem Verweis darauf weiter treiben, dass dieses Recht – jedenfalls nach weitgehend herrschender Lehre in der Rechtswissenschaft – lediglich dann betroffen ist, wenn die technische Zugangsmöglichkeit zu einem veröffentlichten Inhalt bereits besteht; Ansprüche auf diesen Zugang oder andersherum darauf, dass die Inhalte in entsprechender Weise tatsächlich auch verfügbar sind, bestehen nicht. Ob dies in der „Wissensgesellschaft“ genügen kann, ist eher fraglich.

Recht pauschal wird die Kritik, wenn es um Ökonomisierungstendenzen oder Risiken, die von Wirtschaftsunternehmen hervorgehoben werden, geht. Hier entsteht zuweilen der Eindruck einer wohlfeilen Kapitalismusschelte. Wo etwa über, wie in Randnummer 42 (S. 34) insinuiert, Netzbetreiber wirklich Einfluss auf die Inhalte aus? Wenn dies eine Anspielung auf die aktuelle Debatte um Netzneutralität sein soll, so erfolgt sie doch recht versteckt. Bei der Kritik an Google, für die es in jedem Fall gute Gründe geben kann, werden Risiken der Suchlistenmanipulation neben den Gefahren von Google Streetview aufgeführt, was von den Risikolagen her nichts miteinander zu tun hat, nur dass es sich eben um ein und dasselbe Unternehmen handelt.

Insgesamt fällt auf, dass sich das Papier vor allem mit dem Begriff der „Authentizität“ um einen normativen Maßstab bemüht, von dem aus die Analyse durchgeführt wird. Damit wird das Menschliche und Mitmenschliche in den Blick genommen, was in Richtung der Un-

versehrtheit der Würde des Einzelnen, aber auch der Aufrichtigkeit und Redlichkeit im menschlichen Miteinander ausdifferenziert wird (S. 37f.). Etwas überrascht dann, dass dies nicht zu konkreten Regeln herunter gebrochen wird, sondern im Verweis auf alle denkbaren einschlägigen Regelungsziele mündet (S. 38).

### Anknüpfungspunkte für die weitere Debatte

Sicherlich ist es erforderlich, zunächst eine umfassende Beschreibung der Entwicklung anzufertigen, um darauf aufbauend Beiträge zur politischen Diskussion zu leisten. Um anschlussfähig zu sein, sollte diese Beschreibung sicher thematisch das abdecken, was in anderen Kreisen als relevant diskutiert wird, auch wenn Hinweise auf bisher unbekannte Risiken oder Potenziale hilfreich wären. Die Beschreibung, die die Publizistische Kommission der Bischofskonferenz vorgelegt hat, ist insofern sehr anschlussfähig, wie bereits die ersten Zwischenberichte der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zeigen, die in vielen Punkten ähnliche Analysen vorlegt.

Fragt man nach Defiziten in der aktuellen gesellschaftlichen Problembeschreibung und Erarbeitung von Lösungsoptionen, so kann die Stärke einer religiös fundierten Position vielleicht weniger in der Analyse, als vielmehr der normativen Anregung des Diskurses liegen. Gerade im Internet werden die Regeln keineswegs alleine durch staatliches Recht gesetzt, sondern sind als Zusammenspiel aus Vertragskonstellationen, Softwarearchitektur, eben diesem staatlichen Recht und auch informellen sozialen Regeln zu beschreiben. Gerade die sozialen Regeln der Internetkommunikation bedürfen aber nicht nur der Prozeduren und Verfahren, sondern tatsächlicher materieller Inhalte. Welche Formen des Umgangs mit den personenbezogenen Informationen anderer sind auch auf sozialen Plattformen ganz unabhängig von den datenschutzrechtlichen Regelungen in Ordnung oder aber kritikwürdig? Unter welchen Voraussetzungen ist die Verschleierung der eigenen Identität hinnehmbar? Wie darf ich anderen geschützt durch Anonymität begegnen? Welche Entwicklung ist als sozialethisch desorientierend anzusehen, so dass Angebote, die Kinder oder Jugendliche in dieser Hinsicht gefährden, nicht leicht zugänglich gemacht werden dürften?

Ungeachtet des normativ geladenen Ausgangsbegriffs der „Authentizität“ reizt das Papier die normativen Möglichkeiten noch nicht aus und adressiert auch vornehmlich die staatlichen Akteure und nicht alle relevanten Gruppen im Governance-System. Vorbild für die weiteren Schritte könnte meines Erachtens wiederum das Papier des

Päpstlichen Rates von 2002 sein, das ganz unterschiedliche Zielgruppen adressiert, die Kinder und Jugendlichen selbst, Erzieherinnen und Erzieher und schließlich alle Menschen guten Willens. Es enthält sogar konkrete Handlungsempfehlungen, wie etwa die Empfehlung für Eltern, Filterprogramme für ihre Kinder zu nutzen. Das aktuelle Papier bleibt dagegen im Abstrakten. Eine normative Debatte, vom Wertefundament der katholischen Kirche aus vorgetragen, kann die medienpolitische Diskussion erheblich bereichern, Voraussetzung ist allerdings, dass die abstrakten Werte zu konkreten Normen herunter gebrochen werden. Ein Vorgang, der der katholischen Kirche jedenfalls in internen Angelegenheiten effektiv, wenn auch nicht immer zur Freude aller Gläubigen, gelingt.

Thematisch wichtige Anstöße gibt das Papier im Hinblick auf die Diskussion über freien Zugang und die Zugangschancen zu Inhalten. Hier bedarf es einer gesellschaftlichen Debatte, die auch ergründen muss, inwieweit der verfassungsrechtliche Schutz des Zugangs zum Weltwissen für alle hinreichend gewährleistet ist. Ein weiterer wichtiger Anstoß wird gegeben, indem die Frage der Kompetenz der Erwachsenen angesprochen wird. Dies deckt sich etwa mit der Analyse der Projektgruppe der Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft, die sich mit der Frage der Medienkompetenz auseinandergesetzt hat und hier ein an Lebenslagen orientiertes Konzept verfolgt, das Medienkompetenz keineswegs als Thema ausschließlich mit Blick auf Kinder und Jugendliche sieht. Zudem ist beachtlich und weiter zu diskutieren, welche Kompetenzen zur aktiven Erschließung der Möglichkeiten des Netzes erforderlich sind. Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass das Papier die demokratischen Potenziale und Risiken beschreibt und dabei keineswegs einer Internet-Euphorie das Wort redet, sondern auch die Rolle des traditionellen Journalismus würdigt.

Insgesamt scheint es wichtig, die Medienentwicklung nicht als technikgetrieben zu sehen, sondern als von allen aktiv zu gestalten den sozialen Prozess, oder wie es der Papst in der Enzyklika Caritas in veritate ausdrückt: „Im guten wie im bösen sind sie [die sozialen Medien, d. Verf.] dermaßen im Leben der Welt präsent, dass die Einstellung derjenigen, die die Neutralität der sozialen Kommunikationsmittel behaupten und daher ihre Autonomie in Bezug auf die die Menschen betreffende Moral fordern, wirklich absurd erscheint. [...] Die Medien können eine wertvolle Hilfe darstellen, um die Gemeinschaft der menschlichen Familie und das Ethos der Gesellschaften wachsen zu lassen, wenn sie Werkzeuge zur Förderung der allgemeinen Teilnahme an der gemeinsamen Suche nach dem, was gerecht ist, werden.“ Die Suche beginnt erst.